



**SPD Landesverband Berlin  
Kreis Pankow**

**Wahlperiode 2018 bis 2020**

**2. Kreisdelegiertenversammlung (KDV)**

**22. September 2018**

**Beschlussbuch**

## **Resolution**

---

Antrag Nr.

**Abt. 03/11 Mauerpark**

**20.09.2018**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

## **Resolution zur Kreisdelegiertenversammlung der SPD Pankow**

---

- 1 Die KDV der SPD Pankow unterstützt den heutigen Aktionstag für sexuelle
- 2 Selbstbestimmung, schließt sich dem Demonstrationsaufruf (siehe unten) des Bündnisses
- 3 für sexuelle Selbstbestimmung an und sendet den Organisator\*innen und
- 4 Teilnehmer\*innen feministische und solidarische Grüße und wünscht der Demonstration,
- 5 die zeitgleich zu unserer KDV stattfindet, einen erfolgreichen Verlauf.

### **Begründung:**

erfolgt mündlich

Aufruf des Bündnisses:

§ 219a ist erst der Anfang!

Leben schützen heißt Schwangerschaftsabbruch legalisieren!

Liebe Mitstreiter\*innen, Unterstützer\*innen, Interessierte,

die Anti-Choice-Bewegung zeigt sich stark wie lange nicht mehr: In Polen, Irland, Italien, Portugal, Frankreich – beinahe überall in Europa aber auch in Nord- und Südamerika verbreiten die Abtreibungsgegner\*innen ihre menschenverachtende Ideologie und versuchen für die Beschneidung insbesondere von Frauenrechten einzutreten. Auch in Deutschland versuchen sie die Stigmatisierung und Kriminalisierung ungewollt Schwangerer voranzutreiben. Zusammen mit der Union und der AfD versuchen sie das Recht auf körperliche und sexuelle Selbstbestimmung und damit die Vielfalt an Lebensentwürfen, sexuellen Orientierungen und Geschlechtsidentitäten einzuschränken. Am 22. September soll in Berlin erneut der sogenannte Marsch für das Leben stattfinden.

Doch wir halten dagegen:

Wir erklären den 22. September zum Aktionstag für sexuelle Selbstbestimmung!

Wir rufen dazu auf, die Tage um und am 28. September (Internationaler Tag für die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs) für eigene Veranstaltungen und Aktionen zu nutzen.

Einige wenige konservativ-christliche Fundamentalist\*innen sind für Hunderte von Anzeigen gegen Ärzt\*innen nach § 219a verantwortlich. Ein Paragraf aus dem Jahr 1933, der Ärzt\*innen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, verbietet, öffentlich darüber zu informieren, dass sie diesen Eingriff vornehmen und welche Methoden sie anbieten. Ein Paragraf, der damit Menschen das Recht auf sachliche Information und freie Ärzt\*innenwahl nimmt.

Doch wir lassen uns das nicht bieten: Wir kämpfen für das Recht auf Information auch zum Thema Schwangerschaftsabbruch!

Jährlich sterben weltweit ungewollt Schwangere zu Zehntausenden an den Folgen unprofessionell durchgeführter Schwangerschaftsabbrüche. Jährlich werden rund 100.000 ungewollt Schwangere, die in Deutschland einen Abbruch durchführen lassen, durch die deutsche Gesetzgebung kriminalisiert und somit stigmatisiert.

Doch wir kämpfen weiter: für die Streichung von § 218 und § 219 StGB! Wir rufen alle demokratischen Kräfte, alle Menschen, die für eine tolerante Gesellschaft und für echte Gleichberechtigung eintreten wollen, auf, sich unserem Protest anzuschließen!

Macht mit und kommt am 22. September nach Berlin um uns zu unterstützen!

Nutzt den 28. September für eigene Veranstaltungen und Aktionen, um eure Solidarität mit Pro-Choice-Aktivist\*innen auszudrücken und auch in Deutschland die Entkriminalisierung zu erreichen.

Zusammen mit euch werden wir diesen menschenverachtenden Fundamentalisten Paroli bieten!

Los geht es am 22.9. ab 12 Uhr mit der Auftaktkundgebung am Brandenburger Tor. Ab 13 Uhr wird unsere Demonstration gegen die Abtreibungsgegner\*innen starten.

Lasst uns zusammen fordern: #wegmit219a #wegmit218 #noafd #mybodymychoice

**ANT 028/02**

Antrag Nr.

**Abt. 03/02 Französisch Buchholz**

**16.07.2018**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Einsetzen eines Beirates zum Wandel der Arbeitsgesellschaft beim Parteivorstand der SPD**

- 1 Beim SPD-Parteivorstand wird dauerhaft ein Beirat eingesetzt, der die Auswirkungen der
- 2 Digitalisierung auf die Arbeitsgesellschaft untersucht und sozialdemokratische Antworten
- 3 zur Anpassung rechtlicher und sozialer Rahmenbedingungen erarbeitet. Der mit
- 4 Vertreter\*innen aus Partei, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden sowie weiteren
- 5 relevanten Verbänden und Kammern und Wissenschaft besetzte Beirat muss sich als
- 6 Fachgremium verstehen, der den Prozess der Digitalisierung dauerhaft und evolutionär
- 7 begleitet. Dabei geht es im Speziellen um die Identifizierung von Trends, sich wandelnden
- 8 Werten und Handlungsfeldern der künftigen Arbeitsgesellschaft. Die Sozialdemokratie
- 9 soll damit Antworten finden, wie Gute Arbeit und der Sozialstaat im digitalen Zeitalter
- 10 aussehen kann. Diese Antworten sollen als Leitplanken für sozialdemokratisches Handeln
- 11 auf allen Ebenen dienen und müssen sich auch in den Wahlprogrammen wiederfinden.

**Begründung:**

Die Arbeitsgesellschaft befindet sich im Wandel. Die Folgen sind noch nicht abschätzbar. Fest steht, damit der technische Fortschritt allen Menschen zugutekommt, müssen rechtliche und soziale Rahmenbedingungen evolutionär und frühzeitig angepasst werden. Aufgabe der SPD ist es, Impulse zu liefern, die Debatten anregen und zu einem neuen sozialen Kompromiss führen, der ArbeitnehmerInnen und Arbeitgebern gleichsam dienlich ist. Dabei gilt die Prämisse, gute und sichere Arbeit für möglichst viele Menschen in der zunehmenden Digitalität zu gewährleisten. Dieser Beirat soll diesen Prozess langfristig begleiten sowie inner- und außerparteiliche Debatten anstoßen und Antworten liefern, wie eine sozialdemokratische Zukunft aussehen kann.

Wie wichtig es ist, langfristige Ziele im Blick zu haben, zeigen die jüngsten Wahlergebnisse: Nur kohärente und mutige Zukunftsentwürfe sind mehrheitsfähig. Die Sozialdemokratie muss den Anspruch aufrechterhalten, Zukunft zu gestalten und ebenjene Antworten liefern zu wollen.

Dieses Gremium soll die große Aufgabe, die Digitalisierung zu gestalten, in den Fokus rücken und dabei eine ausgewogene Sicht auf die Dinge (trotz einer erhitzten allgemeinen Debatte) liefern. Schon heute sind Fragen um die Zukunft der Arbeit bekannt: Welche Aufgaben übernehmen die staatlichen Institutionen in der künftigen Arbeitswelt? Wie kann der dauerhafte (Fort-) Bildungsprozess kollektiv organisiert werden und wie befähigt man Menschen, sich an die sich ständig verändernden Arbeits- und Betriebsumwelten anpassen zu können? Wie können ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen (wieder) auf Augenhöhe miteinander um Rahmenbedingungen und Verteilung des erwirtschafteten Reichtums streiten? Wie können auch künftig möglichst viele Menschen arbeiten und welcher Sicherungssysteme bedarf es, um Risiken abzufedern und Armut zu minimieren? Wie kann Leben und Arbeit miteinander in Einklang gebracht werden, ohne dass die unzähligen Zeitkonflikte zulasten der Beschäftigten gehen? Wie müssen Unternehmen besteuert werden, damit der Staat handlungsfähig bleibt? Wie kann sichergestellt werden, dass multinationale Unternehmen sich an nationale Regeln, Werte und Konventionen halten und im Sinne der Gesellschaft handeln?

Die SPD muss diese Fragen im Sinne der Menschen beantworten. Dass es hier aber keinen einzig großen Wurf geben kann, steht bei der Dimension der Digitalisierung außer Frage. Deshalb kann es nur evolutionäre Antworten geben. An diesen Antworten muss ein solches Gremium kontinuierlich arbeiten.

**ANT 031/02**

Antrag Nr.

**Abt. 03/05 Pankow-Süd**

**11.08.2018**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Fitness für alle!**

- 1 Die SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin wird aufgefordert,
- 2 sich für die Aufstellung und Wartung von Fitnessanlagen in öffentlichen Grünflächen in Pankow
- 3 einzusetzen.
- 4
- 5 Eine gute Mischung aus den verschiedenen Gerätetypen ist erforderlich, möglichst mit je einem
- 6 Gerät für jede Muskelgruppe. Nur so findet jedes Alter eine ansprechende, attraktive
- 7 Bewegungsform und eine gemeinsame Nutzung kann entstehen. Zu allen Geräten finden sich
- 8 Bedienungsanleitungen.
- 9 Der Standort der Fitnessgeräte sollte wohnungsnah oder zumindest in verkehrsgünstiger Lage
- 10 sein. Ein ebenerdiger Zugang und rutschfester Boden senkt die Hemmschwelle, das
- 11 Geräteangebot zu testen. Ebenso wollen wir die Einrichtung von Mehrgenerationenspielflächen
- 12 ermöglichen.

**Begründung:**

Pankow ist ein Bezirk mit vielen Grünflächen. Diese haben nicht nur eine große Bedeutung für das Stadtklima, die Grünanlagen sollen zusätzlich der Erholung dienen und Flächen zum freien Bewegen bieten. Mit Fitnessanlagen können wir ein Angebot schaffen Bürger\*innen jeden Alters und unabhängig vom Geldbeutel einen niedrighwelligen Zugang zu gesundheitsfördernder Bewegung zu geben.

Fitnessanlagen mit diversen Geräten zur Kräftigung der wichtigsten Muskelpartien stellen eine echte Alternative zum Training im Sportstudio dar - an frischer Luft und vor allem ohne Mitgliedsbeitrag.

Nicht nur Kinder, auch Erwachsene und ältere Menschen brauchen eine altersgerechte Gestaltung von Bewegungsräumen in der Stadt. Fitnessanlagen im öffentlichen Raum können ein Treffpunkt für alle Altersgruppen sein um gemeinsam im Freien gesundheitsfördernde Bewegungsabläufe zu trainieren.

Das Thema ist heute so aktuell wie nie: Viele Menschen verbringen ihren Berufsalltag in geschlossenen Räumen. Als Ausgleich nach einem langen Arbeitstag hinter dem Schreibtisch, in der Schule oder an der Werkbank ist Bewegung für viele Menschen in ihrer Freizeit besonders wichtig - und dies am liebsten an der frischen Luft im Grünen.

**ANT 032/02**

Antrag Nr.

**Kreisvorstand**

**30.07.2018**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Künftige Vorbereitung von Kreisdelegiertenversammlungen der SPD Pankow**

- 1 Zur inhaltlichen und personellen Vorbereitung von KDV'en werden künftig neben der Frist zum
- 2 Antragsschluss auch Fristen festgesetzt, innerhalb derer Kandidaturen für die Kreisgremien, die
- 3 Landesdelegierten, die Vertretung/en der SPD Pankow in anderen Gliederungen und weitere
- 4 Funktionen zu erklären sind.
- 5
- 6 Der Kreisvorstand gibt diese Fristen rechtzeitig allen Mitgliedern bekannt, erklärt das Verfahren zu
- 7 Nominierungen und lädt zur Einreichung von schriftlichen Vorstellungen ein - das Recht, auch
- 8 später Kandidaturen zu erklären, bleibt von der technischen Frist zur Bekanntgabe und Versand
- 9 natürlich unberührt. Diese Vorstellungen gehen den Gliederungen vier Wochen vor der KDV zu.
- 10
- 11 Die Abteilungen werden dazu aufgerufen, Delegations-Vorbesprechungen durchzuführen und
- 12 dafür Sorge zu tragen, dass alle interessierten Mitglieder über das statutengemäße Verfahren, die
- 13 zu wählenden Funktionen und den Ablauf der KDV informiert werden
- 14
- 15 Der Kreisvorstand stellt sicher, dass Antragsberatung und Wahlen in einem handhabbaren
- 16 Verhältnis stehen: gehen im Vorfeld Anträge in einer Zahl ein, die eine angemessene
- 17 Antragsberatung erschwert, ist zu prüfen, ob die KDV zweitägig stattfinden muss oder ob eine
- 18 weitere KDV abgehalten wird. Dabei soll die tägliche Beratungszeit acht Stunden nicht
- 19 überschreiten. Wahlen mit langen Auszählungszeiten werden in der Tagesordnung vorgezogen.
- 20 Möglichkeiten zur elektronischen Auszählung sind zu prüfen.

**Begründung:**

Die SPD wächst in Pankow und darüber hinaus, wir haben viele neue Genoss\*innen und begrüßen, dass diese sich auch als Delegierte in Kreis und Land einbringen wollen. Wenn Abläufe und Statuten in unserer Partei für langjährige Mitglieder zur Selbstverständlichkeit werden, laufen wir aber Gefahr, die neuen Genoss\*innen, deren Anregungen, Ideen und Engagement für uns essentiell sind, nicht mitzunehmen. Deswegen sollten Wahlen und Abstimmungen in unserer Partei so vorbereitet werden, dass jede\*r die Chance hat, sich über die Kandidierenden und ihre Standpunkte ein Bild zu machen.

Was für Personen gilt, muss auch für Inhalte gelten: eine ausführliche Beratung von Anträgen - egal, ob diese vom Kreisvorstand, von großen oder kleinen Arbeitsgemeinschaften oder von großen oder kleinen Abteilungen kommen, muss im Interesse jeder KDV liegen - deswegen ist der Antragsberatung der Raum zu geben, den die verdienen, die mit Anträgen zur Positionierung unserer Partei beitragen. Wenn dies bei eintägigen KDV'en nicht möglich ist, sind die genannten Alternativen zu prüfen.

**ANT 034/02**

Antrag Nr.

**Kreisvorstand**

**09.08.2018**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Ausgestaltung des solidarischen Grundeinkommens in Berlin**

1 Wir begrüßen den Vorstoß des Landesparteitages zum solidarischen Grundeinkommen und die  
2 Debatte, die wir insgesamt über die Neugestaltung der Sozialgesetzgebung führen. Die weitere  
3 Diskussion soll in der SPD Pankow konkret zu einzelnen Bereichen der sozialen Sicherung  
4 erfolgen. Das solidarische Grundeinkommen ist ein Instrument der öffentlich geförderten  
5 Beschäftigung und ersetzt generell nicht die Grundsicherungen. Deswegen ist die Debatte auch  
6 über die Grundsicherungen weiterzuführen.

7 Mittelfristig sind für die SPD Pankow bei der Umgestaltung der Grundsicherungen und der  
8 Einführung eines solidarischen Grundeinkommens folgende Grundsätze wichtig:

9

10 **1. Regelbedarfe in der Grundsicherung**

11 Niemand darf weniger als die Grundsicherung für die notwendigen Lebenshaltungskosten und die  
12 soziale Teilhabe bekommen. Die sozialen Sicherungssysteme müssen armutsfest ausgestaltet  
13 sein.

14 Die Ermittlung der Regelbedarfe muss überprüft und diese neu berechnet werden. Die  
15 Anwendung der Statistikmethode mittels Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) als  
16 Berechnungsgrundlage für den Regelbedarf ist weiter anzuwenden. Die Festlegung der  
17 Referenzgruppe für die Berechnung der Regelsätze (Einpersonenhaushalte die unteren 15  
18 Prozent, Familienhaushalte jeweils die unteren 20 Prozent der Haushalte) ist zu überprüfen.

19 Das gilt auch für eine jährliche Anpassung der Leistungen ausschließlich an die Preisentwicklung,  
20 statt wie bisher nach einem Mischindex aus Preisentwicklung und Entwicklung der Nettolöhne und  
21 -gehälter.

22

23 **2. Sanktionen in der Grundsicherung**

24 Sanktionen sind zu abzuschaffen.

25 Anreize dürfen nur durch zusätzliche Leistungen gesetzt werden.

26

27 **3. Solidarisches Grundeinkommen (SGE)**

28 Erwerbsarbeit kann und soll sinnstiftend sein – allerdings soll sich diese Arbeit immer auch  
29 finanziell lohnen. Daher sollen Arbeitsverhältnisse im Rahmen des SGE ein Arbeitsentgelt  
30 ermöglichen, das deutlich über der bisherigen Grundsicherung der Arbeitnehmer\*in liegt und  
31 Altersarmut verhindert. Gute und qualifizierte Arbeit ist wichtig! Die Arbeitsverhältnisse im  
32 Rahmen des SGE sind sozialversicherungspflichtig.



33 Durch Arbeitsverhältnisse im Rahmen des SGE dürfen keine Tarifverträge unterlaufen werden.  
34 Die Auswirkungen auf die Tarifverträge der jeweilig zuständigen DGB-Gewerkschaften sind in  
35 Begleitstudien zu untersuchen.

36 Der Landesvorstand wird beauftragt, Gespräche über die tarifvertraglichen Bedingungen der  
37 Arbeitsverhältnisse im SGE mit allen zuständigen DGB-Gewerkschaften zu führen.

38 Das SGE in Berlin ist mit den auf Bundesebene geplanten Instrumenten der Arbeitsförderung für  
39 Langzeitarbeitslose auf dem allgemeinen und sozialen Arbeitsmarkt (MitArbeit, § 16e und § 16i  
40 SGB II) abzustimmen.

41 Die Arbeitsverhältnisse im Rahmen des SGE sind freiwillig.

42 Die Arbeitsverhältnisse müssen zusätzlich sein. Reguläre Arbeitsplätze dürfen nicht ersetzt  
43 werden, z. B. Schulhausmeister\*innen; Erzieher\*innen in Schule, Kita und  
44 Jugendfreizeiteinrichtungen etc.

45 Durch öffentlich geförderte Beschäftigung darf kein neuer Niedriglohnsektor im öffentlichen Dienst  
46 entstehen.

47 Bei Arbeitstätigkeiten im Rahmen des SGE muss darauf geachtet werden, dass Personen den  
48 übernommenen Aufgaben gerecht werden können.

49 Qualifizierung hat Vorrang: wer sich weiterqualifizieren möchte, um auf dem allgemeinen  
50 Arbeitsmarkt bessere Chancen zu haben, dem muss dies ermöglicht werden. Hier müssen  
51 bestehende Hürden konsequent abgebaut werden. In diesem Zusammenhang sind auch Modelle  
52 wie das Arbeitslosengeld Q erneut zu diskutieren.

53 Menschen, die besondere Beratung, Unterstützung und Hilfestellung benötigen, müssen diese  
54 weiter erhalten, unabhängig davon, ob sie ein – wie auch immer gestaltetes – solidarisches  
55 Grundeinkommen in Anspruch nehmen können oder wollen.

56 In Berlin ist insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit nach wie vor auf sehr hohem Niveau. Gerade  
57 bei jungen Menschen unter 25 Jahren gilt: Schulische Bildung, Berufsausbildung, berufliche  
58 Qualifizierung und Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt müssen Vorrang vor anderen  
59 arbeitsmarktpolitischen Instrumenten haben! Die Jugendberufshilfe in Berlin ist zu stärken und  
60 das Zusammenwirken der relevanten Rechtskreise (SGB II (Grundsicherung für  
61 Arbeitssuchende), SGB III (Arbeitsförderung), SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfe) und SGB IX  
62 (Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen)) zu verbessern.

63

64 **4. Weiterführung der Debatte**

65 Der Kreisvorstand Pankow wird beauftragt, einen Arbeitsprozess für die weiterführende Debatte in  
66 der SPD Pankow zu konkreten Gebieten und Bereichen des Sozialrechts zu entwickeln.  
67 Insbesondere folgende Themen sollen dabei diskutiert werden:

- 68 • Besondere Problemlagen der Zielgruppe für das SGE, insbesondere hinsichtlich der
- 69 Anforderungen an die Arbeitstätigkeiten
- 70 • Kindergrundsicherung
- 71 • Grundsicherung SGB II, besonders zur Bedarfsgemeinschaft, Anrechnung von
- 72 Erwerbseinkommen, Vermögensfreibeträge
- 73 • (weiterführend) bedingungsloses Grundeinkommen
- 74 • Absicherung im Alter, besonders gesetzliche Rentenversicherung, betriebliche
- 75 Altersversorgung, Grundsicherung im Alter SGB XII
- 76 • Berufliche Weiterbildung und Qualifizierung
- 77 • Wirtschaftsdemokratie

#### **Begründung:**

Arbeitsgrundlagen waren der KDV-Beschluss ANT 023/01 vom 14.04.2018, der Beschluss des Kreisvorstands vom 18.06.2018, die Ergebnisse der öffentlichen Veranstaltung der SPD Pankow zum Grundeinkommen und der Antragsentwurf des Pankower Arbeitskreises Jugend und Soziales (AK JugSoz). Als Zuarbeit aus den Abteilungen und Arbeitsgemeinschaften lag

zusätzlich ein eigenständiger Antrag der Abt. Frz.-Buchholz "Gute Arbeit statt ein Bedingungsloses Grundeinkommen" vor.

Auf dem Landesparteitag am 01./02.06.2018 wurde bereits der Antrag 229/I/2018 der Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin „Soziale Teilhabe durch ein Solidarisches Grundeinkommen und die Überwindung von Hartz IV“ beschlossen, der sich in Teilen mit dem vorliegenden Antrag deckt.

Der Antrag beschränkt sich auf die Regelbedarfe SGB II und SGB XII, die finanziellen Sanktionen in der Grundsicherung für Arbeitssuchende und das Modell des SGE mit Sicht auf die nächsten fünf Jahre. Diese Beschränkung ist verbunden mit der Notwendigkeit für die Pankower SPD, einen Arbeitsprozess zu entwickeln, um möglichst konkret einzelne Gebiete und Themen der sozialen Sicherung weiter zu diskutieren und daraus Reformvorschläge zu erarbeiten.

Allein die Diskussionen zu den Fragen Grundeinkommen und Regelbedarfe zeigten den erforderlichen zeitlichen Aufwand und die Notwendigkeit einer Eingrenzung auf jeweils konkrete Bearbeitungsgegenstände mit sachkundiger Vorbereitung, um Kriterien und Ansprüchen für einzelne Sicherungssysteme entwickeln zu können.

Der vorliegende Antrag gliedert sich im Wesentlichen in drei inhaltliche Schwerpunkte: Regelbedarfe, Sanktionen und das solidarische Grundeinkommen. Hinzu kommt als vierter Punkt die Aufforderung nach einer strukturierten Weiterführung der Debatte.

**ANT 036/02**

Antrag Nr.

**Abteilung 03/14 Bötzowviertel**

**10.08.2018**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**LPT-Delegierte für alle Pankower Abteilungen**

- 1 Die SPD Pankow bekräftigt ihren politischen Anspruch, dass bei den Wahlen der
- 2 Landesparteitagsdelegierten des Kreises Mitglieder aus allen 13 Abteilungen unter den
- 3 Volldelegierten Berücksichtigung finden sollen. Der Kreisvorstand erarbeitet eine
- 4 Vorlage, wie unter Beachtung fachlicher Gesichtspunkte eine entsprechende
- 5 regionale Repräsentanz des Kreises in der Breite erzielt werden kann und legt diese
- 6 bis Ende 2019 der Kreisdelegiertenversammlung zur Beschlussfassung vor.

**Begründung:**

Die Delegation zum Landesparteitag stellt die Vertretung unseres gesamten Kreises auf Landesebene dar. Demgemäß sollten unter den Volldelegierten der Landesparteitagsdelegation Mitglieder aus allen 13 Abteilungen des Kreises vertreten sein, um die Vielfalt unseres Kreises abzubilden. Zur Erreichung dieses Ziels wäre zum Beispiel die Vorlage einer entsprechenden Personalvorschlagsliste zu Wahl-KDVen durch den Kreisvorstand denkbar, wobei uns bewusst ist, dass die letztendlich Wahl der Landesparteitagsdelegierten durch die Delegierten der KDV erfolgt.

**ANT 039/02**

Antrag Nr.

**AsF Pankow**

**11.08.2018**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Gendergerechte Sprache auf Landesparteitagen der SPD**

- 1 Wir fordern den SPD Landesvorstand Berlin auf, die Präsidiumsmitglieder des
- 2 Landesparteitages für gendergerechte Sprache zu sensibilisieren, z.B. durch die
- 3 Erarbeitung einer entsprechenden Handreichung durch die
- 4 Landesgleichstellungskommission.

**Begründung:**

Sprache konditioniert und lässt Rollenbilder und Identifikationsfiguren im täglichen Leben der Menschen entstehen. Diese im Sinne von Geschlechtergerechtigkeit weiter zu entwickeln ist eine bedeutende Zukunftsaufgabe im gesellschaftlichen Diskurs.

Gendergerechte Sprache im Alltag durchzusetzen, ist daher seit vielen Jahren ein wichtiges politisches Thema der SPD. Deshalb sollten die handelnden Personen in der SPD in ihren Sprachgebrauch im internen Parteileben und bei öffentlichen Veranstaltungen darauf großen Wert legen.

**ANT 041/02**

Antrag Nr.

**AsF Pankow**

**11.08.2018**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Frauen\*kampftag ist Feiertag – den 8. März als gesetzlichen Feiertag in Berlin einführen**

- 1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats und die Mitglieder  
2 der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus dazu auf, sich in den Verhandlungen mit  
3 den Koalitionspartner\*innen dafür einzusetzen, dass der 8. März als neuer gesetzlicher  
4 Feiertag in Berlin etabliert wird.  
5  
6 Die Berliner\*innen haben einen weiteren arbeitsfreien Tag verdient. Daher begrüßen wir  
7 die Diskussion in der Berliner Koalition um die Einführung eines neuen Feiertages. Berlin  
8 ist eine säkular geprägte Stadt zu der kein weiterer religiöser Feiertag passt. Es muss ein  
9 Tag ausgewählt werden, der eine große gesamtgesellschaftliche Bedeutung hat. Hierfür  
10 ist der Internationale Frauen\*kampftag, der seit 1921 am 8. März begangen wird  
11 hervorragend geeignet.

**Begründung:**

Der internationale Frauen\*kampftag am 8. März geht auf die deutsche Sozialistin Clara Zetkin zurück und wurde erstmals im März 1911 in verschiedenen Staaten Europas gefeiert. In Deutschland wurde der Frauen\*kampftag von der SPD und den Gewerkschaften getragen, die damit die Forderung nach dem Wahlrecht der Frauen\* unterstützen. Zwischen dem 1. und 2. Weltkrieg protestierten Frauen\* am 8. März weltweit für die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruches sowie für Mutter- und Schwangerschaftsschutz. Im Dritten Reich wurde der Feiertag verboten und durch den Muttertag „ersetzt“. In der DDR war der 08. März ein offizieller Feiertag. 1977 führte die UN-Vollversammlung den 8. März als „Tag der Vereinten Nationen für die Rechte der Frau und den Weltfrieden“ ein. In vielen Ländern ist der 8. März ein gesetzlicher Feiertag.

Der internationale Kampf für die Rechte der Frauen\* hat leider nichts von seiner Aktualität eingebüßt. Zahlreiche Feminist\*innen organisieren auch in Berlin daher jedes Jahr zum Frauen\*kampftag am 8. März Veranstaltungen und Demonstrationen. Ihr Engagement wollen wir mit der Etablierung des 8. März als Feiertag unterstützen und gleichzeitig deutlich machen: Gleichstellung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Der 8. März steht in der Tradition der Arbeiter\*innenbewegung. Mit dem Verteilen von Rosen werden wir ihm als Sozialdemokrat\*innen nicht gerecht. Auch heute gilt es aktiv für die Rechte der Frauen\* auf die Straße zu gehen. Sei es um ein Zeichen zu setzen gegen die massiven Menschenrechtsverletzungen, denen Frauen\* in vielen Ländern ausgesetzt sind. Sei es um gegen Benachteiligungen anzugehen, die Frauen\* hier in Deutschland immer noch erfahren. Die #metoo-Debatte und die Diskussion um den §219a zeigen wie aktuell diese Themen leider immer noch sind.